

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementpreis** mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,00 M. Dazu die Post bezogen durchschnittlich 2,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Expeditoren:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expeditoren:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Schäftszeit:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeitspalte mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 145.

Dresden, Dienstag den 27. Juni 1916

27. Jahrg.

## Wüten im eigenen Fleisch.

Die Wiener Arbeiterzeitung behandelt die Wirren in der reichsdeutschen Sozialdemokratie. Da das Zentralorgan anderer österreichischer Bruderparteien sich stets bemüht hat, die deutschen Parteiverhältnisse mit ruhiger und nach allen Seiten verständlicher Objektivität zu behandeln, so sollte auch ihre letzte Meinungsäußerung Beachtung finden bei allen, die es angeht. Die Arbeiterzeitung schildert die Vorformung der letzten Zeit, besonders die Berliner Vorgänge, und schreibt wie folgt:

Die Leidenschaft, womit gegen den Parteivorstand und gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion angeführt wird, ist aus den sachlichen Gegenständen, obwohl diese natürlich bestehen, nicht zu erklären. Denn diese Leidenschaft ist jene Politik, die man als die des 4. August 1914 bezeichnet, für eine immer mehr anschwelende Enttäuschung anzurechnen zu spät, andererseits hat es die Fraktion gerade in der letzten Reichstagsession an entscheidender und klarer Haltung am wenigsten fehlen lassen; da kann sich selbst eine schärfste Kritik, von der Kriegskreditbewilligung abgesehen, nur an Details klammern. Und was den Parteivorstand betrifft, so vollzieht er doch nur seine verordnete Pflicht und Ehrlichkeit, wenn er über der Erhaltung der einheitlichen Parteioberorganisation wacht. Wohl übersehen wir nicht, daß der „Rechten“ gewisse gar zu „rechte“ Parteigenossen, die sich schon sehr gehen lassen, empfindlich schaden; aber an opportunistischen und revisionistischen Querstreibern hat es in der deutschen Partei ja nie gemangelt. Daß die Fraktionsmehrheit gewonnen ist, im Reichstag ihre Tatkraft einem bestimmten Endzweck unterzuordnen, nämlich die Kriegspolitik vor dem Anheimfallen an die Kriegsschürer und Annexionsräuber zu bewahren, wodurch das Herabarbeiten einer rein sozialdemokratischen Richtlinie erschwert wird, ist wohl richtig; ungerührt wäre es aber, zu übersehen, daß sie sich in der Zwangslage befindet, in einer ihr weisensfreundlichen Sache, nämlich im Kriege, operieren zu müssen, daß sie also wohl vor allem darauf zu achten hat, alle ihre Kraft darauf zu verwenden, um größeren Schaden zu verhüten; was ihr auch bisher voll gelungen ist. Die Wahrheit ist, daß sich der Unmut über den langen Krieg und der Groll über all das, was er im Gefolge hat, die Unmöglichkeit auch gegen die aufreizende Sensation in der bürgerlichen Presse energig aufzutreten, daß sich all das gegen die Parteiverhältnisse entlastet, die starke Wirkung des Abflusses ist schaffend. Der Kampf, der gegen die Herrschenden nicht geführt werden kann, wird gegen die Genossen geführt; die Genossen müssen die Sünden entgelten, die andere verübt haben. Nur so läßt sich begreifen, was sonst unbegreiflich wäre, daß nämlich in den Organen des sogenannten Antiformalismus auf eine Bemerkung gegen die imperialistische Annexionspolitik, welche Bemerkungen sich überdies höchst würdevoll geben, ein Duzend Artikel gegen die Scheidemann und Genossen kommt, welchen Artikeln es an überdies großer Deutlichkeit nicht fehlt. Nur so kann man es sich erklären, daß gerade Parteiführer, welche Fraktionen und Wortführer, die den Massenkampf aufzugeben den Versuch machen wollen, nur noch den Bruderkampf pflegen und denen, denen ihre Aufmerksamkeit gewidmet sein sollte, durch den ganzen Krieg hindurch eine regelrechte Schwärze eingeatmet haben. (Wobei ihnen anscheinend gar nicht bemerkt wird, wie sie selbst dastehen, die immerzu über das Ausgeben des Klassenkampfes flagen, sich aber selbst der Führer der Klassenkämpfer beharrlich enthalten.) Darauf baut sich schließlich die Hoffnung auf, daß mit der Wiederkehr normaler Verhältnisse der Widerspruch dieses Wütens im eigenen Fleisch der Masse der Parteigenossen bewirkt werden wird.

Reineswegs möchten wir zugeben, daß sich da, wie es bezeichnet wird, der demokratische Parteigenosse gegen die Parteibureaucratie durchsetzt. Es ist sehr richtig, Parteivorstand, Parteiaussschuss, Reichstagsfraktion (die doch alle von den proletarischen Massen ihre Bestätigung haben) als „Instanzen“ zu bezeichnen, deren Notum nicht ins Gewicht fällt, dagegen die Berliner Pressekommision etwa, den oder jenen Kreisvorstand oder eine Kreisgeneralversammlung als die Verförperung der Masse darzustellen; es ist das recht billig, ist aber grundfalsch. Ganz im Gegenteil hat der unbetagene Betrachter den Eindruck, daß es die Parteibureaucratie ist, die hier wirkt, während den wirklichen Massen, wie es die Gewalt des Krieges eben mit sich bringt, die Möglichkeit, sich zu äußern, überhaupt entzogen ist. Nehmen wir zum Beispiel die Generalversammlung des Kreisverbandes, von deren Beschlüssen wir sprachen. Dort waren 120 Genossen versammelt, die freilich nicht „genau“ Sozialdemokraten waren, sondern sich Delegierte nennen können. Aber das hebt das seltsame Mißverhältnis nicht auf, daß der Genosse Jubel, der in dem Kreis gewöhnt ist, nicht auf 1912 163 765 Stimmen erhalten hat, von denen es nach allen begleitenden Umständen sicher ist, daß sie alle von sozialdemokratischen Arbeitern stammen (der Wahlfreie hat 28 784 Stimmen); selbst an organisierten Mitgliedern zählt der Kreis 310 Sozialdemokraten. Nun ist auch in der proletarischen Organisation das Repräsentationssystem nicht zu umgehen; indessen scheint es uns einer demokratischen Partei

(B. T. B.) Amtlich Großes Hauptquartier, den 27. Juni 1916.

## Westlicher Kriegsschauplatz:

An der englischen und dem Nordflügel der französischen Front ist es mehrfach zu Patrouillengefechten gekommen. Zahlreiche Gas- und Rauchwolken strichen zu uns herüber; sie schädigten die deutschen Truppen nicht und schlugen teilweise in die feindlichen Reihen zurück. Das georgische Feuer richtete sich mit besonderer Heftigkeit gegen unsere Stellungen beiderseits der Somme. Durch die Beschichtung von Resale durch die Franzosen sind 23 ihrer Landsleute getötet oder verwundet worden.

Nachts der Maas blieben französische Angriffe nordwestlich und westlich des Panzerwerkes Thiamont sowie südwestlich der Feste Rauc ergebnislos. Am Chapitre-Walde wurde eine feindliche Abteilung in Stärke von zwei Offizieren und einigen Duzend Leuten überfallen und gefangen genommen.

Ein englischer Doppeldecker ist östlich von Arras im Luftkampf abgeschossen; die Insassen sind verwundet gefangen.

## Protest der rumänischen Sozialisten gegen den Krieg.

Bukarest, 27. Juni. Im eigenen Heime hielten gestern die Sozialisten eine öffentliche Versammlung ab, in der die Redner auf die Bewegung für den Eintritt Rumäniens in den Krieg hinwiesen, die von den Nationalisten seit einiger Zeit wieder mit besonderer Schärfe aufgenommen worden sei und die es notwendig mache, daß die Volksmassen, die vom Kriege nichts wissen wollten, ihrerseits für ihre Auffassung mit allen zulässigen Mitteln eintreten. Die Redner betonten, daß die rumänische Sozialdemokratie keinen Krieg wolle. Ein weites Arbeitsgebiet des rumänischen Volkes liege in der Lösung vieler inneren Fragen, die von größerer Bedeutung seien als die künstlichen Streitigkeiten der Nationalisten.

## Zerstörung eines amerikanischen Konsulats in Mexiko.

Neuport, 27. Juni. Nach einem Telegramm aus Eagle-Bay erzählt die „Herald“ aus Toronto, daß Zivilisten unter Führung des Bürgermeisters und Soldaten Carranzas das amerikanische Konsulat zerstört haben.

wenig angemessen, in diesem Hilfsmittel, den Gesamtwillen zu erforschen und darzustellen, den Inbegriff der Demokratie zu suchen und das Mißverhältnis zwischen der Masse und den wirkenden Organen so völlig zu übersehen. Wenn die in unmittelbarer Volkswahl gewählten Abgeordneten nur eine „Instanz“ sein sollen; wie sollen dann die von Bruchteilen der organisierten Mitglieder gewählten „Delegierten“, die verklärte Erkenntnis der Demokratie sein? Weil jene abgeordnet, diese delegiert sind? Eine besonnene Ermüdung dieser Tatsachen würde wohl gleichfalls dazu führen, vor der Uebertreibung aller dieser Konflikte zu bewahren.“

## Die Neuregelung der Kartoffelverteilung.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 26. Juni die Kartoffelverteilung für 1916/17 neu geregelt. Die neue Verordnung hält im wesentlichen an dem bisherigen System der Kartoffelverteilung fest. Zu neuen Versuchen und neuen Mitteln ist die Zeit nicht geeignet, um so weniger, als sich die Kartoffelverteilung vom 7. Februar 1916 in Verbindung mit den landesgesetzlichen Ausführungsbestimmungen als ein gangbarer Weg erwiesen hat. Es ist also an dem bisherigen System der Anmeldeung des Bedarfs und Zwangsabnahme durch die Bedarfsverbände und der Umlegung auf die Lieferantverbände mit Zwangselierungen seitens der Kommunalverbände und der Kartoffelzeuger festzuhalten. Der zu bedende Bedarf wird durch Sicherstellung bei dem einzelnen Erzeuger festgelegt und der freien Verfügung entzogen. Nur bei Anwendung dieses Verfahrens zugleich mit wiederholten Vorratserhebungen kann die Kartoffelverteilung planmäßig erfüllt und somit zur Deckung des Bedarfs erforderlich, gleichmäßig verteilt werden. Wie bisher, so darf auch künftig der Handel zunächst nur als Kommissionär oder Beauftragter des Kommunalverbandes zugelassen werden. Der Gedanke, bei einer günstigen Ernte die Versorgung dem freien Handel völlig zu überlassen, mußte ausbleiben. Möglich wäre das nur, wenn wir sehr reichliche Vorräte und Futtermittel hätten und keine Gefahr bestünde, daß man auf die Kartoffeln von allen Seiten zu drückte. Diese Gefahr besteht aber trotz der voraussetzlichen günstigen Ernte. Vor allem müssen wir gegen alle Gefahren wappnen. Bei völliger Freiheit des Handels wären Kommunalverbände, Händler und Landwirte als Konkurrenten auf dem Kartoffelmarkt aufzutreten. Sie würden einander — ob erlaubt oder nicht — zu treiben versuchen. So würde es kommen, daß die eine Stadt stark, die andere geringe eingebracht wäre. Eine Garantie für ausreichende und gleichmäßige Versorgung bestände nicht; aller Voraussicht nach müßte letzten Endes doch wieder mit staatlichem Zwange eingegriffen werden. Träger der Versorgungs-, Lieferungs- und Abnahmepflicht

## Westlicher Kriegsschauplatz:

Deutsche Abteilungen, die in die russischen Stellungen vorstießen, brachten südlich von Keffau 26 Gefangene, ein Maschinengewehr, einen Minenwerfer und nördlich vom Riabzol-See einen Offizier, 188 Mann, sechs Maschinengewehre, vier Minenwerfer ein. Feindliche Patrouillen wurden abgewiesen.

Der Güterbahnhof von Dünaburg wurde ausgiebig mit Bomben belegt.

Die Lage ist unverändert.

Südwestlich von Seful stürmten unsere Truppen russische Linien und machten mehrere hundert Gefangene. Feindliche Gegenangriffe hatten nirgends Erfolg.

## Australische Lebensmittel für Europa.

London, 27. Juni. Reuters. Die australische Regierung hat 15 Dampfer von je 3000 Tonnen zum Transport australischer Lebensmittel nach Europa angekauft.

## Wilson für Gewaltmaßnahmen.

Amsterdam, 27. Juni. Die Times erfahren aus Neuport, daß Präsident Wilson die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten der beiden Häuser des Kongresses zu sich entbot und ihnen mitteilte, daß die Lage außerordentlich ernst sei. Er sprach die Befürchtung aus, daß Carranza nur durch Gewalt zum Rückgeben gebracht werden könne. Es müßten mehr Truppen abgeschickt und die Blockade festlicher durchgeführt werden. Wie verlautet, wird die Stimmung in Mexiko gegen die Vereinigten Staaten immer feindseliger.

## Zur Präsidentenwahl in Amerika.

Chicago, 26. Juni. Reuters. Das fortgeschrittliche Nationalkomitee entschied sich gegen die Kandidatur eines fortgeschrittenen Kandidaten für die Präsidentschaft.

müssen wie bisher die Kommunalverbände sein, daneben sind die Kreisverbände und die Kreisverwaltung sowie die Kreisbranntweinstelle und die Zola verpflichtet, ihren Bedarf gleich den Kommunalverbänden anzumelden. Der freihändige Ankauf aller dieser Stellen hat in Zukunft zu unterbleiben. Die Zuweisung an die Zola und die Kreisbranntweinstelle darf in Zukunft nur durch die Reichs-Kartoffelstelle erfolgen. Preisbefreiungen müssen ihren Bedarf bei der Zola anzeigen. Preisbefreiungen werden von den Kommunalverbänden noch näherer Angabe der Reichs-Kartoffel- und Reichsbranntweinstelle befristet. Dem Reichskanzler ist die Berechnung des Bedarfs zu geben, Grundzüge über die Berechnung des Bedarfs anzugeben, die sich nach dem Endergebnis an Kartoffeln und dem Vorrat anderer Nahrungsmittel richten müssen. Sie können daher im voraus nicht festgelegt werden. Ebenso wird der Reichskanzler die Grundzüge über die Verpflichtung zur Abgabe von Kartoffeln seitens der Kartoffelerzeuger festlegen, möglichenfalls — aber auch nur dann — die Verfertigung von Kartoffeln und Erzeugungserzeugnissen zu beschränken oder zu verbieten haben. Gleichzeitig sind den Behörden neue Nachmittels in die Hand gegeben, um etwa notwendig werdende Lagerung, Ablieferung und Abfuhr beim Erzeuger zu den richtigen Zeiten zu gewährleisten. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen der Verwaltungsbehörden sind unter Strafe gestellt. Neben der Pflicht der Bedarfsverbände zur Aufrechterhaltung durch Einmieten und Einlagern besteht für sie selbstverständlich die Möglichkeit, an diejenigen Verbraucher, die bisher Kartoffeln für den ganzen Winter eingelagert haben, diese für einen längeren Zeitraum abzugeben. Den Landeszentralbehörden ist es überlassen, Einzelheiten zu bestimmen.

Die Verbrauchsregelung, also die Verteilung, bleibt wie bisher Pflicht der Kommunalverbände. Auf Grund der neuen Verordnung werden Reichskanzler und Reichs-Kartoffelstelle in Höhe aller erforderlichen Anweisungen bezüglich statistischer Erhebungen, Bedarfsanmeldungen, Umlegung usw. ergehen lassen. So werden in diesem Jahre alle Provinzen, Lieferantkreise und alle Landwirte in einigen Wochen genau wissen, wieviel sie zu liefern haben, und zwar für die ganze Zeit bis Herbst 1917. Die für Herbst und Winter notwendigen Kartoffeln werden sofort während und nach der Ernte mit großer Beschleunigung — Kartoffel- und Getreide — an die Bedarfskreise gebracht. Der Rest wird bei den Landwirten lagern bleiben müssen wie im Frieden. Jeder Landwirt weiß aber vor der Ernte bereits, was er im Frühjahr bereithalten muß. Für genügende Reserven sorgt die Reichs-Kartoffelstelle. Der Saatguthandel wird später geregelt werden. Aber Voraussicht nach wird er ab dann unter starker staatlicher Kontrolle gestellt und die Ausfuhr von der Genehmigung des Kommunalverbandes abhängig gemacht werden. (B. T. B.)

rieges  
10